

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>23.04.2024</b>
Thema	<b>Keine Einschränkung</b>
Schlagworte	<b>Neue Finanzordnung</b>
Akteure	<b>Keine Einschränkung</b>
Prozesstypen	<b>Positionspapier und Parolen</b>
Datum	<b>01.01.1990 - 01.01.2020</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Bernath, Magdalena  
Hirter, Hans  
Müller, Eva  
Rinderknecht, Matthias

## Bevorzugte Zitierweise

Bernath, Magdalena; Hirter, Hans; Müller, Eva; Rinderknecht, Matthias 2024.  
*Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Neue Finanzordnung, Positionspapier und Parolen, 1991 - 2004*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 23.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Allgemeine Chronik</b>	1
<b>Öffentliche Finanzen</b>	1
Finanz- und Ausgabenordnung	1
<hr/>	
<b>Parteien, Verbände und Interessengruppen</b>	2
Parteien	2
Grosse Parteien	2
Linke und ökologische Parteien	3
Liberale Parteien	3
Konservative und Rechte Parteien	4
Verbände	4
Gewerbe, Dienstleistungen, Konsum	4

## Abkürzungsverzeichnis

<b>AHV</b>	Alters- und Hinterlassenenversicherung
<b>IWF</b>	Internationaler Währungsfonds
<b>SGV</b>	Schweizerischer Gewerbeverband
<b>Swissmem</b>	Verband der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie

---

<b>AVS</b>	Assurance-vieillesse et survivants
<b>FMI</b>	Fonds monétaire International
<b>USAM</b>	Union suisse des arts et métiers
<b>Swissmem</b>	L'association de l'industrie suisse des machines, des équipements électriques et des métaux

# Allgemeine Chronik

## Öffentliche Finanzen

### Finanz- und Ausgabenordnung

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 17.05.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die Regierungsparteien als eigentliche Schöpfer der Vorlage konnten sich während der Kampagne nur zaghaft hinter ihr eigenes Kind stellen, da der **Riss zwischen Befürwortern und Gegnern quer durch ihre Parteien** verlief. Einzig bei der SP fand sich von Anfang an eine deutliche Mehrheit, wobei allerdings Gewerkschaftsvertreter kritisierten, dass der soziale Ausgleich im vorliegenden Steuerpaket nicht mehr genügend garantiert sei. Auch die drei bürgerlichen Bundesratsparteien befürworteten schliesslich das Finanzpaket. Bei der FDP gab aber ein Drittel der Kantonalsektionen die Nein-Parole aus. Bei der SVP stellten sich unter anderem die beiden grössten Kantonalsektionen, jene der Kantone Zürich und Bern, in Widerspruch zu den befürwortenden Parolen ihrer Zentralorgane. Von den kleineren Parteien bekämpfte die LP die Vorlage von Anfang an, ebenso die SD und die AP, während der LdU und die EVP sie unterstützten. Aber auch das links-grüne Lager – die GPS, die noch bestehenden Gruppierungen des Grünen Bündnisses und die PdA – bekämpfte das Paket; es beurteilte den Ausbau der indirekten Steuern als unsozial und kritisierte auch den Mangel an umweltgerechten Steuerungsinstrumenten.<sup>1</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 30.05.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

**Ausschlaggebend im gesamten Meinungsbildungsprozess waren jedoch eher die Verbände.** Nachdem sich der Gewerbeverband, der Schweizer Wirtverband, der Verband freier Berufe, die Vereinigung privater Lebensversicherer sowie das Redressement national vehement gegen die Finanzvorlage gestellt hatten, löste das Nein des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrievereins (SHIV) Verblüffen bei Parteien und Öffentlichkeit aus, weil dieser **mächtigste Industrieverband ursprünglich eine massgebliche Rolle in der Forderung nach einer Umgestaltung der Warenumsatz- in eine Mehrwertsteuer gespielt hatte.** Unisono bemängelten diese Interessenverbände, dass die direkte Bundessteuer nicht eliminiert oder wesentlich zurückgestutzt wurde und dazu noch unbefristet in der Verfassung verankert sei; sie befürchteten auch eine Erhöhung der Staats- und Fiskalquote. Kurz vor der Abstimmung empfahl auch der Coiffeurmeisterverband, dessen Dienstleistungen der Mehrwertsteuer unterstellt worden wären, die Vorlage zur Ablehnung. Im Falle der Ablehnung durch die Vereinigung schweizerischer Lebensversicherer spielten ebenfalls Partikulärinteressen mit, weil die Vorlage eine Besteuerung der Prämien von Lebensversicherungen vorsah.<sup>2</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 30.05.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

**Der Bauernverband, der Schweizerische Tourismusverband, die Schweizerische Bankiervereinigung – welche vor allem am Abbau der Stempelsteuer interessiert war – und die Gewerkschaften unterstützten das Paket.** Bei den industriellen Branchenverbänden herrschte während langer Zeit eine gewisse Konfusion; der Verband Schweizerischer Maschinenindustrieller (VSM) und die Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittelindustrie gaben schlussendlich die Ja-Parole heraus, während die Schweizerische Gesellschaft für Chemische Industrie (SGCI) sich zu keiner Parole entschliessen konnte. Kurz vor der Abstimmung einigte sich auch die kantonale Finanzdirektorenkonferenz darauf, die Vorlage zu unterstützen.<sup>3</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 24.09.1993  
MATTHIAS RINDERKNECHT

**Der Schweizerische Bauernverband (SBV) empfahl seinen Mitgliedern die Annahme der Mehrwertsteuer mit dem höheren Satz.** Der Gewerkschaftsbund unterstützte ebenfalls den Systemwechsel und den höheren Satz, obwohl sich durch die lineare Verbrauchssteuer – relativiert durch den niedrigeren Steuersatz für lebensnotwendige Güter des täglichen Gebrauchs – gewisse Nachteile für die Konsumenten und Arbeitnehmer mit niedrigerem Einkommen ergeben. Der Beschluss blieb deshalb vor allem innerhalb des linken Flügels umstritten. Auch die Bankiervereinigung empfahl den Systemwechsel zum höheren Satz.<sup>4</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 25.10.1993  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Im Schweizerischen **Aktionskomitee "Für eine moderne Finanzordnung"**, an dem sich die drei bürgerlichen Bundesratsparteien, die LP und der LdU beteiligten, fehlten die SP und die GP. Letztere hatte Stimmfreigabe zum Systemwechsel beschlossen, unterstützte jedoch die drei übrigen Vorlagen zur Ausgestaltung der Mehrwertsteuer. Nachdem die Wirtschaftsförderung der SP zugesichert hatte, sich einer Empfehlung für den tieferen Steuersatz zu enthalten, empfahl die Parteispitze dem Vorstand den Systemwechsel zur Annahme. Alle vier Regierungsparteien sowie der LdU und die EVP empfahlen viermal Ja zu den Mehrwertsteuervorlagen. Innerhalb der SVP scherten allerdings drei kleine Kantonalparteien in bezug auf den Systemwechsel aus, wobei die Sektionen Luzern und Zug ein Nein empfahlen und Genf Stimmfreiheit herausgab. Die Liberalen befürworteten hingegen nur den Systemwechsel und die Umwandlung der Zölle in Verbrauchssteuern.<sup>5</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 11.11.1993  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Rund vier Monate vor der Volksabstimmung **eröffneten die grossen Wirtschaftsverbände die Kampagne für ein Ja zur Mehrwertsteuer**. Der Arbeitgeberverband, der Vorort, die Wirtschaftsförderung, der Gewerbeverband (SGV) und auch der Verband Schweizerischer Maschinenindustrieller (VSM) äusserten sich grundsätzlich positiv zum Systemwechsel, liessen aber – abgesehen vom SGV, der den Satz von 6,2% unterstützte – noch nichts zur Höhe des Satzes verlauten, den sie ihren Mitgliedern empfehlen wollten.<sup>6</sup>

## Parteien, Verbände und Interessengruppen

### Parteien

#### Grosse Parteien

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 22.04.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Hinsichtlich der eidgenössischen Abstimmungen beschloss die SP die **Ja-Parolen** für die Initiative zur **Förderung des öffentlichen Verkehrs**, für das **Stimm- und Wahlrechtsalter 18** und für die **Finanzvorlage**, hingegen lehnte sie die Barras-Reform, welche sie als Rückschritt in der Behandlung von Dienstverweigerern betrachtete, ab.<sup>7</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 22.04.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Bei den eidgenössischen Abstimmungen **unterstützte** die SVP das **Stimm- und Wahlrechtsalter 18**, die **Militärstrafgesetzreform** sowie die **Bundesfinanzreform**; letztere wurde aber von den Kantonalsektionen Zürich, Bern, Freiburg und Tessin abgelehnt. Einig war sich die Partei in der Ablehnung der Initiative zur Förderung des öffentlichen Verkehrs. Die Jungpartei gab dagegen die Ja-Parole zur SBB-Initiative und die Nein-Parole zur Barras-Reform, welche ihr zuwenig weit ging, heraus. Zur Militärstrafgesetzreform hatten die zürcherische SVP, der die Reform zu weit ging, und die waadtländische Sektion auch eine abweichende Parole herausgegeben.<sup>8</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 29.04.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Zu den eidgenössischen Abstimmungsvorlagen fassten die Delegierten der FDP die **Ja-Parole zum Stimm- und Wahlrechtsalter 18, zur Militärstrafgesetzrevision sowie** – im Gegensatz zum Vorort – **zur Finanzreform**, lehnten jedoch die LdU-Initiative zur Förderung des öffentlichen Verkehrs ab. Das Finanzpaket wurde allerdings von rund einem Drittel der Kantonalsektionen zur Ablehnung empfohlen.<sup>9</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 06.05.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Hinsichtlich der eidgenössischen Abstimmungen fasste die CVP die **Ja-Parole zum Stimm- und Wahlrechtsalter 18, zur Militärstrafgesetzrevision (Barras-Reform) und zur Bundesfinanzvorlage**, empfahl der Wählerschaft jedoch ein Nein zur Initiative zur Förderung des öffentlichen Verkehrs («SBB-Initiative»)<sup>10</sup>.

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 28.06.1994  
EVA MÜLLER

Als einzige Regierungspartei wollte die SP für die Sanierung der Bundeskasse neben Einsparungen von 3,2 Mia CHF auch auf **Mehreinnahmen von 1,6 Mia CHF** zurückgreifen. Vorgeschlagen wurde von der SP-Fraktion etwa eine Erhöhung des Treibstoffgrundzolls um 20 Rappen und eine Reichtumssteuer. Ausserdem forderte die Partei die Einfrierung der realen Landwirtschaftsausgaben und die Sanierung der SBB auf Kosten der Strassenrechnung. Ein Moratorium im Sozialwesen, wie es von Arbeitgeberseite gefordert worden war, wies die Partei zurück und sprach sich im Gegenteil für mehr Sozialstaat aus.<sup>11</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 18.10.2004  
MAGDALENA BERNATH

Mitte Oktober beschloss der Zentralvorstand der SVP für alle drei Vorlagen vom 28. November die Ja-Parole. Der Entscheid zur NFA fiel mit 35:22 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Damit stellte sich der Zentralvorstand gegen die Kantonalparteien von Zürich und Zug, die bereits die Nein-Parole herausgegeben hatten. Die neue Finanzordnung wurde mit 40:11 Stimmen, die Vorlage zur Stammzellenforschung mit 38:4 Stimmen angenommen. Mit 217:44 Stimmen verabschiedeten die Delegierten in Schaffhausen ein ursprünglich für einen Sonderparteitag im Sommer traktandiertes **Thesepapier zur Armee**, das gemäss dem parteiinternen Kritiker Hermann Weyeneth (BE) nicht nur die Volksentscheide von 2001 (bewaffnete Auslandseinsätze) und 2003 (Armeereform) missachtet, sondern auch der vom Bundesrat bekräftigten weiteren Umsetzung der Armee XXI diametral entgegensteht. Weyeneth forderte vergeblich die Rückweisung des Papiers und eine Vernehmlassung bei den Kantonalparteien.<sup>12</sup>

### Linke und ökologische Parteien

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 15.05.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Zu den eidgenössischen Abstimmungen beschloss die Partei die **Ja-Parole für das Stimm- und Wahlrechtsalter 18 sowie für die Initiative zur Förderung des öffentlichen Verkehrs**. Beide anderen Vorlagen, das revidierte Militärstrafgesetz und die neue Finanzordnung, lehnte die GP ab. In der Finanzpolitik schlug die GP vor, die Warenumsatzsteuer durch eine Energiesteuer zu ersetzen; nach den eidgenössischen Wahlen verabschiedete sie dazu ein Grundsatzpapier.<sup>13</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 06.06.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Bei den eidgenössischen Abstimmungen **stellte sich die PdA gegen die Finanzvorlage**, an der vor allem die wenig konsumentenfreundliche Mehrwertsteuer und die an das Finanzpaket gekoppelte Stempelsteuerrevision kritisiert wurde.<sup>14</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 01.11.2004  
MAGDALENA BERNATH

Mit 82:8 Stimmen beschlossen die Grünen in Sitten (VS) die Nein-Parole zum **Stammzellenforschungsgesetz**; sie hatten bereits das Referendum unterstützt. Mit 61:28 Stimmen lehnten die Delegierten auch die NFA ab; sie befürchteten, die Vorlage führe zu einem Sozialabbau. Gegen den Antrag des Vorstandes, der die Mehrwertsteuer teilweise durch eine ökologische Steuerreform ersetzen wollte, folgten die Grünen schliesslich ihrer Bundeshausfraktion und gaben mit 76:23 Stimmen die Ja-Parole zur neuen Finanzordnung heraus. Abschliessend verabschiedeten sie eine Resolution für ein zehnjähriges Atomkraftwerk-Moratorium.<sup>15</sup>

### Liberale Parteien

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 25.03.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die Delegiertenversammlung der LP empfahl die **Barras-Reform** mit 31 zu 30 Stimmen nur ganz knapp zur **Annahme**. Für das **Stimm- und Wahlrechtsalter 18** gab sie ebenfalls die **Ja-Parole** heraus, hingegen lehnte sie die Bundesfinanzreform und die Initiative zur Förderung des öffentlichen Verkehrs klar ab.<sup>16</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 07.05.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Zu den eidgenössischen Abstimmungen fasste die Partei die **Ja-Parole** für die Initiative zur **Förderung des öffentlichen Verkehrs**, für das **Stimm- und Wahlrechtsalter 18** sowie die **Bundesfinanzreform**; die Militärstrafgesetzreform lehnte sie als zu wenig weit gehend jedoch ab.<sup>17</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 08.11.1993  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Zu den eidgenössischen Abstimmungen gab die LP **mit Ausnahme von drei Vorlagen dieselben Parolen wie die FDP heraus**. Die Ausnahmen betrafen die SD-Initiative für einen **arbeitsfreien Bundesfeiertag**, den **Mehrwertsteuersatz von 6,5%** und die Möglichkeit, diesen **Steuersatz zugunsten der AHV um 1 %** zu erhöhen, welche sie allesamt ablehnte. Der Beitrag zur Sanierung der Bundesfinanzen und die rasche Fertigstellung des Nationalstrassennetzes – insbesondere in der Romandie – überzeugten die Delegierten von der Ja-Parole für die die Treibstoffzollerhöhung, welche mit 67 zu 35 Stimmen gefasst wurde.<sup>18</sup>

### Konservative und Rechte Parteien

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 04.05.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Im Hinblick auf die eidgenössischen Abstimmungen beschloss der Zentralvorstand die **Ja-Parolen** für das **Stimm- und Wahlrechtsalter 18** sowie für die **SBB-Initiative**, lehnte jedoch das Finanzpaket als unsozial und die Barras-Reform als zu weitgehend ab.<sup>19</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 06.05.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

**Zu allen eidgenössischen Abstimmungen fasste die EVP die Ja-Parole** (Stimm- und Wahlrechtsalter 18, Militärstrafgesetzsrevision (Barras-Reform), Bundesfinanzvorlage und Förderung des öffentlichen Verkehrs («SBB-Initiative»)).<sup>20</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 05.08.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Zu den eidgenössischen Abstimmungen fasste die Auto-Partei die **Ja-Parole bezüglich des Wahl- und Stimmrechtsalters 18** und lehnte die Initiative zur Förderung des öffentlichen Verkehrs ab. Ebenfalls abgelehnt wurden die Bundesfinanzreform, weil die direkte Bundessteuer beibehalten wurde, und die Barras-Reform. Die AP unterstützte auch das rechtsbürgerliche Referendumskomitee gegen den Beitritt zum IWF und zur Weltbank. Die im Vorjahr von der AP lancierte Volksinitiative für eine Abschaffung der direkten Bundessteuer kam nicht zustande.<sup>21</sup>

### Verbände

#### Gewerbe, Dienstleistungen, Konsum

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 25.09.1991  
HANS HIRTER

Der Schweizerische Gewerbeverband (SGV), der schon 1977 und 1979 massgeblich zum Scheitern der Bundesfinanzreform beigetragen hatte, **bekämpfte auch das am 2. Juni dem Volk vorgelegte Finanzpaket**. Grundsätzlich kritisierte er die unveränderte Beibehaltung der Direkten Bundessteuer. Besonders stark war die Opposition einzelner Branchenverbände (Coiffeure, Wirte), deren Leistungen der neuen Mehrwertsteuer unterstellt worden wären.

An seinem Kongress in Bern vom 25. September kündigte der SGV an, dass er 1992 eine Volksinitiative zur Abschaffung der Direkten Bundessteuer bis zum Jahr 2002 lancieren werde. Von den Referenden, die gegen Parlamentsbeschlüsse der Herbstsession lanciert wurden, unterstützte der SGV offiziell dasjenige gegen das bäuerliche Bodenrecht. Allerdings verschickte er auch Unterschriftenbogen gegen die Parlamentsreform und den Beitritt zum IWF.

Die LdU-Initiative für den öffentlichen Verkehr empfahl der SGV zur Ablehnung.<sup>22</sup>

1) Presse vom 23.4., 29.4. und 6.5.91; JdG 14.5.91; TA, 15.5.91; WoZ, 17.5.91

2) wf, Dok., 8.4.91; L'Hebdo, 30.5.91; NZZ, 29.5.91; BZ, 20.4.91; Politik und Wirtschaft, 1991, Nr. 5, S. 35 ff.; Presse vom, 27.3.91; Bund, 6.4.91; Bilanz, 1991, Nr. 5, S. 21 ff. und Nr. 7, S. 31 ff.; Vat., 28.5.91

3) NZZ, 16.4. und 30.5.91; Presse vom 3.5.91

4) NZZ, 24.9.93; Presse vom 7.9.93; Bund, 8.9.93

5) TA, 7.10.93; BZ, 25.10.93

6) Presse vom 9.7.93; DP, 11.11.93

7) Presse vom 22.4.91.

8) Presse vom 21.1. und 22.4.91. NZZ vom 18.4.91 und 15.5.91; 24 Heures vom 18.5.91

9) Presse vom 28.1. und 29.4.91.

10) Presse vom 6.5.91

11) SP-Broschüre (1994). Sozial, umweltbewusst und solidarisch; TA und NZZ, 28.6.94

12) Presse vom 16.10. und 18.10.04.

13) BaZ vom 22.2.91; NZZ vom 6.5.91; JdG vom 15.5.91; Presse vom 4.11.91

14) JdG vom 9.4.91; Vorwärts vom 6.6.91.

15) BZ, 28.10.04; Presse vom 1.11.04.

16) NZZ vom 18.2.91 und 25.3.91

17) Presse vom 28.1.91; NZZ vom 7.5.91.

18) Parolen 1993; Presse vom 22.2., 17.5., 6.9. und 8.11.93

19) SN, 4.2.91; Schweizer Demokrat, 1991, Nr. 5

20) NZZ vom 21.1.91; Presse vom 6.5.91

21) BBl, 1991, III, S. 997; NZZ vom 28.1.91; TA vom 28.10.91; Presse vom 22.11.91

22) Bund, 8.2.91; BZ, 20.4.91; NZZ, 12.1.91; Presse vom 26.9.91; TA, 16.11.91; SGZ, 46, 14.11.91.